Deutscher Bundestag **Drucksache 17/3909**

17. Wahlperiode 23. 11. 2010

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Alexander Bonde, Sven-Christian Kindler, Stephan Kühn, Fritz Kuhn, Thilo Hoppe, Dr. Frithjof Schmidt, Volker Beck (Köln), Kai Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Maria Klein-Schmeink, Ute Koczy, Tom Koenigs, Agnes Malczak, Kerstin Müller (Köln), Ingrid Nestle, Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Christine Scheel, Dr. Gerhard Schick, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Hans-Christian Ströbele, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 17/2500, 17/2502, 17/3519, 17/3523, 17/3524, 17/3525 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland hält seine internationalen Verpflichtungen ein und stellt im Jahr 2011 Mittel in Höhe von 0,55 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe bereit. Bis zum Jahr 2015 wird dieser Beitrag kontinuierlich auf 0,7 Prozent des BNE gesteigert.

Zusätzlich werden Mittel für Anpassung und Klimaschutz in Entwicklungsländern in Höhe von 650 Mio. Euro bereitgestellt.

Die Flugticketabgabe wird auf das britische Niveau angehoben und um 1,3 Mrd. erhöht.

Um die Erreichung des 0,55-Prozent-Ziels zu ermöglichen:

- werden folgende Ansätze im Bundeshaushalt 2011 erhöht:

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungs-entwurf 2011	Veränderung In T€	Ziel HH 2011 In T€
05	02	687 72	Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland	76 807	77 193	150 000
05	02	687 73	Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte	10 237	14 763	25 000
05	02	687 74	Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das Auswärtige Amt	90 311	84 689	175 000
05	02	Neuer Titel	Ressortkreis Zivile Krisenprävention	0	25 000	25 000
05	02	687 77	Maßnahmen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitungszusammenarbeit	41 778	18 222	60 000
05	02	687 80	Maßnahmen der regionalen Zusammenarbeit	12 410	11 590	24 000
05	04	681 11	Stipendien, Austauschmaßnahmen und Beihilfen für Nachwuchswissenschaftler, Studierende und Hochschulpraktikanten aus dem Ausland sowie Betreuung und Nachbetreuung	129 380	20 000	149 380
05	04	739 31	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	9 450	1 000	10 450
05	04	687 40	Goethe-Institut e. V., München – Betrieb und operative Mittel	202 845	7 800	210 645
06	02	Neuer Titel	Ressortkreis Zivile Krisenprävention	0	25 000	25 000
10	02	687 07	Zusammenarbeit mit der Welternährungsorganisation (FAO) und anderen internationalen Organisationen im Agrar- und Ernährungsbereich	14 750	1 000	15 750
11	02	532 01	Kosten der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik	300	200	500
14	02	Neuer Titel	Ressortkreis Zivile Krisenprävention	0	25 000	25 000
15	02	687 86	Beiträge an internationale Organisationen	30 293	33 000	63 293
23	02	684 01	Förderung der entwicklungspolitischen Bildung	12 000 VE 4 500	5 000 VE 3 500	17 000 VE 8 000
23	02	685 01	Berufliche Aus- und Fortbildung	45 000 VE 41 900	15 000 VE 12 000	60 000 VE 53 900
23	02	685 08	Zuschüsse an integrierte Fachkräfte und rückkehrende Fachkräfte	57 5000 VE 42 000	7 500 VE 8 000	65 000 VE 50 000

Einzel-plan	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Betrag Regierungs-entwurf 2011	Veränderung In T€	Ziel HH 2011 In T€
23	02	687 01	Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	107 286 VE 33 000	225 565 VE 0	332 851 VE 33 000
23	02	687 02	Ziviler Friedensdienst	29 000 VE 25 230	11 000 VE 14 770	40 000 VE 40 000
23	02	687 03	Förderung der Sozialstruktur	41 520 VE 31 500	10 000 VE 10 500	51 520 VE 42 000
23	02	687 04	Förderung der entwicklungspolitischen Vorhaben der politischen Stiftungen	233 000 VE 220 500	17 000 VE 5000	250 000 VE 225 500
23	02	687 06	Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben privater deutscher Träger	58 000 VE 47 000	10 000 VE 0	68 000 VE 47 000
23	02	687 11	Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft	60 000 VE 45 000	-10 000 VE -8 000	50 000 VE 37 000
23	02	687 14	Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst	30 000 VE 27 000	10 000 VE 13 000	40 000 VE 40 000
23	02	687 20	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe	129 000 VE 30 000	202 000 VE 20 000	331 000 VE 50 000
23	02	687 23	Beteiligung am Welternährungsprogramm	23 008 VE 0	29 492 VE 95 000	52 500 VE 95 000
23	02	687 38	Förderung der internationalen Agrarforschung	20 000 VE 18 000	12 000 VE 7 000	32 000 VE 25 000
23	02	836 07	Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	15 815	10 000	25 815
23	02	866 01	Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit	1 704 800 VE 1 550 000	200 000 VE 973 000	1 904 800 2 523 000
23	02	896 01	Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit mit den Regionen	90 000 VE 80 000	60 000 VE 70 000	150 000 VE 150 000
23	02	896 03	Bilaterale Technische Zusammenarbeit	864 000 VE 820 000	210 300 VE 140 000	1 074 300 VE 1 304 000
23	02	896 04	Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben der Kirchen	205 000 VE 189 000	20 500 VE 11 200	225 500 VE 200 200
23	02	896 07	Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM)	200 000 VE 0	100 000 VE 600 000	300 000 VE 600 000
23	02	Neuer Titel	Wiederaufbau nach dem Erdbeben in Haiti	0 VE 0	100 000 VE 100 000	100 000 VE 100 000
23	02	Neuer Titel	Wiederaufbauhilfe nach Flut in Pakistan	0 VE 0	120 000 VE 120 000	120 000 VE 120 000
23	02	Neuer Titel	Ressortkreis Zivile Krisenprävention	0	25 000	25 000
30	02	681 01	Studenten- und Wissenschaftleraustausch sowie internationale Hochschul- und Wissenschaftskooperation	110 010	10 700	120 710
30	04	685 30	Gesundheit und Medizin	175 032	40 000	215 032
			Summe		**1 785 514** **VE 2 538 970**	

- werden Förderkredite zur Finanzierung entwicklungspolitisch förderungswürdiger Vorhaben der bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit unter den Gewährleistungsrahmen des Bundes aufgenommen und
- der Gewährleistungsrahmen des Bundes für entwicklungspolitische Kredite um 1,4 Mrd. auf 7,12 Mrd. Euro erhöht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Bundeshaushalt 2011 so zu bewirtschaften, dass das 0,55-Prozent-Ziel auch tatsächlich realisiert wird,
- aus der zusätzlich eingeräumten Verpflichtungsermächtigung für die bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit zusätzliche zinsverbilligte Kredite der KfW Bankengruppe in Höhe von 400 Mio. Euro in 2011 für Entwicklungsländer bereitzustellen und
- sich dafür einzusetzen, dass die Bundesländer und die Europäische Union ihre Anstrengungen für die Entwicklungszusammenarbeit ebenfalls verstärken.

Berlin, den 22. November 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Auf dem Millenniumsgipfel 2000 in New York hat Deutschland gemeinsam mit den anderen Industrieländern das Versprechen bestätigt und konkretisiert, bis 2015 mindestens 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Innerhalb der EU hat Deutschland zugesagt, bis 2011 Mittel in Höhe von 0,55 Prozent des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen.

2009 lag die deutsche Quote der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance; ODA-Quote) bei 0,35 Prozent des BNE, für 2010 wird mit einer Quote von 0,4 Prozent gerechnet. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf bricht Deutschland seine internationale Zusage für die Entwicklungszusammenarbeit. Die schwarz-gelbe Bundesregierung verspielt damit Deutschlands Ruf als international verlässlicher Partner.

Die Bundesregierung hält offiziell an dem Ziel fest, 2015 0,7 Prozent des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Diese Aussage verkommt allerdings zu einem unglaubwürdigen Lippenbekenntnis angesichts des Bruchs des Versprechens im Jahr 2010 0,51 Prozent bereitzustellen und dem stagnierenden Entwicklungshaushalt 2011. Denn ohne einen stetigen starken jährlichen Aufwuchs der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit ist das 0,7-Prozent-Ziel bis 2015 nicht zu erreichen.

Zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit werden dringend gebraucht, um die Millenniumsentwicklungsziele (u. a. Halbierung des Anteils der Hungernden, Eindämmung von AIDS, Verbesserung der Grundbildung und Trinkwasserversorgung in den Entwicklungsländern) zu erreichen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht zur internationalen Zusage Deutschlands und hat in den Haushaltsberatungen aufgezeigt, wie das 0,55-Prozent-Ziel trotz schwieriger Ausgangslage 2011 eingehalten werden kann.

Die eingebrachten Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN umfassen insgesamt eine Erhöhung der Barmittel um 1,785 Mrd. (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: 1,39 Mrd.; Auswärtiges Amt: 260 Mio., Bundesministerium für Bildung und Forschung: 50 Mio., Bundesministerium für Gesundheit: 33 Mio.; Bundesministerium der Verteidigung: 25 Mio.; Bundesministerium des Innern: 25 Mio.). Des Weiteren umfasst der ODA-Plan der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 400 Mio. Euro zusätzliche zinssubventionierte Kredite der KfW Bankengruppe, die aus dem Aufwuchs der Verpflichtungsermächtigung für die bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit realisiert werden können und 1 Mrd. Euro Förderkredite der KfW Bankengruppe, die durch Aufnahme unter den Gewährleistungsrahmen des Bundes ODA-fähig werden. Um diese zusätzlichen Mittel zu ermöglichen wird der Gewährleistungsrahmen des Bundes für entwicklungspolitische Kredite um 1,4 Mrd. auf 7,12 Mrd. Euro erhöht.

In der Summe ist es möglich, mindestens 3,2 Mrd. mehr ODA-Mittel 2011 zu verausgaben als von der Bundesregierung geplant. Wenn die EU (ein Teil des EU-Haushalts ist für deutsche ODA-Quote anrechnungsfähig) und die Bundesländer ihre Anstrengungen für die Entwicklungszusammenarbeit ebenfalls stärken, kann Deutschland 2011 das 0,55-Prozent-Ziel erreichen und damit seine internationale Zusage einhalten und seiner globalen Verantwortung gerecht werden.

Gegenfinanziert werden die notwendigen Mehrausgaben durch die Erhöhung der Flugticketabgabe auf britisches Niveau und den Abbau umweltschädlicher Subventionen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333